

# BVN e.V.

## Bürgervereinigung Nordend e.V.

1. Vorsitzender  
Thomas Seiffert  
**Kontaktadresse:**  
Friedhelm Ardelt-Theeck  
Leuchte 35A  
60388 Frankfurt/Main  
Tel.: 06109 / 36751  
Mobil: 0151-16559854  
ardelt-theeck@molochautobahn.de  
www.molochautobahn.de

### Rechenschaftsbericht 2007

Auch im Jahr 2007 setzte sich die Bürgervereinigung Nordend e.V. (BVN) wie schon in all den Jahren zuvor für eine ökologische Verkehrspolitik mit ihrem Ziel ein, die Lebensqualität in Frankfurt am Main und besonders im Stadtteil Nordend zu erhalten bzw. zu verbessern. Deshalb widmete die BVN wieder besondere Aufmerksamkeit der Frankfurter Verkehrspolitik und dem geplanten Bau der Bundesfernautobahn A 66 Wiesbaden – Fulda quer durch Frankfurt sowie dem Ausbau der Ostumgehung Frankfurt A 66/A 661 mit deren Fertigstellung das Entstehen eines gigantischen Autobahnkreuzes inmitten eines einst intakten Wohn- und Naherholungsgebietes verbunden ist. Um die Kräfte zu bündeln, legte die Bürgervereinigung Nordend e.V. auch in diesem Jahr wieder großen Wert auf die Zusammenarbeit mit anderen Bürgerinitiativen und Umweltverbänden vor allem im „Aktionsbündnis Unmenschliche Autobahn“ (AUA). Die BVN übernahm hier wieder einen Großteil der dazu gehörenden organisatorischen Aufgaben wie das Erstellen von Informationsmaterialien, Kontaktpflege, Pressearbeit, Korrespondenz mit Parteien, Behörden etc. Dazu gehörte die Teilnahme an den regelmäßigen Sitzungen und Arbeitsgruppen wie auch die Durchführung gemeinsamer Aktionen und Veranstaltungen.

Außerdem war die BVN wieder verantwortlich für die Gestaltung und Aktualisierung bzw. Pflege der Homepage des „Aktionsbündnis Unmenschliche Autobahn“ (AUA), welche gleichzeitig auch als Informationsplattform für die BVN e.V selbst dient. Bis zu 2000 Interessierte nutzen inzwischen regelmäßig das Angebot unter [www.molochautobahn.de](http://www.molochautobahn.de), um sich über die geplanten Projekte und den jeweiligen aktuellen Stand der Verfahren zu informieren. Auch die Möglichkeit mit Hilfe des Newsletters stets auf dem Laufenden zu bleiben wird von vielen Betroffenen Bürgern des Frankfurter Ostens gerne genutzt.

Insgesamt blickt die Bürgervereinigung Nordend e.V. wieder auf ein ereignisreiches Jahr zurück. Folgende Ereignisse sind besonders hervorzuheben:

Neben der Organisation und der Teilnahme an den regelmäßigen Treffen des Aktionsbündnis Unmenschliche Autobahn gehörte auch der Besuch von Sitzungen der Ortsbeiräte sowie des Verkehrsausschusses des Frankfurter Stadtparlament zu den regelmäßigen Aufgaben von BVN-Vertretern.

Im Februar 2007 wurde schließlich wie angekündigt der Planfeststellungsbeschluss für den Bau der A 66 Riederwaldtunnel erlassen. Zu diesem Anlass organisierte die BVN in Zusammenarbeit mit dem Bund für Umwelt- und Naturschutz Deutschland einen Informationsabend zum Klageverfahren. Ein Rechtsanwalt informierte über die Möglichkeiten der Betroffenen ihre Rechte gegenüber der Planungsbehörde geltend zu machen und

welche Voraussetzungen dabei zu beachten sind. Die BVN kümmerte sich hierbei um die Pressearbeit sowie die Versendung eines Rundbriefes.

Zusammen mit der Bürgervereinigung Seckbach e.V. und dem BUND ev. beteiligte sich die BVN auch an einer spontanen Protestaktion als Reaktion auf den Planfeststellungsbeschluss, den man als Provokation der betroffenen Bevölkerung wertete. Neben einer mehrmaligen Sperrung der Straße am Erlenbruch kam es anschließend zu einer kleinen Demonstration durch die bedrohte Riederwaldsiedlung.

Die BVN übernahm die Federführung bei der Suche nach möglichen Klägern gegen den erlassenen Planfeststellungsbeschluss, mit der Absicht auf diesem Weg im Interesse der Bevölkerung noch wesentliche Verbesserungen der Planung zu erreichen. In diesem Rahmen erstellte die BVN ein Informationspapier mit allen wesentlichen Aspekten eines Klageverfahrens einschließlich der Kosten, die damit verbunden sind. Unter anderem in Form eines Aufrufs im Internet sowie eines Rundschreibens bemühte sich die BVN aussichtsreiche Kläger zu finden bzw. den Betroffenen Mut zu machen, das Risiko eines Rechtsstreits einzugehen.

Schließlich lud die BVN Interessierte betroffene Bürger im April und Mai zu Klägertreffen unter Beteiligung eines Verwaltungsrechtlers ein. Die Mühe hatte sich gelohnt. Nach vielen Telefonaten bzw. Gesprächen mit potentiellen Klägern und dem Rechtsanwalt konnten schließlich teils in letzter Minute neun Bürgerinnen aus dem Frankfurter Osten gefunden werden, die sich bereit erklärten stellvertretend für die gesamte betroffene Bevölkerung gemeinsam mit der Unterstützung des Aktionsbündnis Unmenschliche Autobahn das Risiko und die Belastung einer Klage einzugehen. In ihrem Namen wurde Anfang Mai Klage beim Hessischen Verwaltungsgerichtshof in Kassel gegen dieses Projekt eingereicht. Einige Wochen später folgte dann die ausführliche Klagebegründung. Grundlage dafür bildete die im vergangenen Jahr von einem Planungsbüro im Auftrag der BVN und des Aktionsbündnisses erstellte Begutachtung der Verkehrsuntersuchung für die A 66 Riederwaldtunnel, welches Dank der enormen Spendenbereitschaft aus der Bevölkerung finanziert werden konnte.

Zur Finanzierung und zur Verteilung der Klagekosten auf viele Schultern bildete die BVN zusammen mit dem Aktionsbündnis Unmenschliche Autobahn einen Klagefond und richtete in dessen Namen ein Spendenkonto ein.

Mit dem Aufruf, die Klagen zu unterstützen, startete die BVN mit den anderen beteiligten Bürgerinitiativen und Umweltverbänden wieder eine Spendenkampagne. Mit Hilfe eines Flugblatts, dem Versenden von Rundbriefen an hunderte von Mitgliedern, Unterstützern und Einwendern und einer entsprechenden Presseerklärung sowie Informationsständen wandte man sich erneut an die Bevölkerung, mit der Bitte sich an den hohen Kosten zu beteiligen. Neben zahlreichen Informationsständen auf der Berger Straße in Bornheim organisierte die BVN zusammen mit dem AUA auch wieder Stände auf dem Kinderfest beim Wäldchestag im Riederwald, auf dem Straßenfest Schäfflestraße des Vereinsrings Riederwald sowie im September beim Rotlintstraßenfest der Grünen im Nordend und beim Kinderfest „Tag des Kindes“ der Falken im Ostpark um für ihre gemeinsamen Anliegen zu werben. Bis Ende des Jahres konnten so auf diese Weise schon fast 12.000 € zusammen getragen werden.

Im Hinblick auf die eingereichten Klagen nahm die BVN außerdem Kontakt zu einem Gutachterbüro für Akustik auf. Es kam zu einem Ortstermin im Riederwald unter Beteiligung der Gutachter sowie des Rechtsanwalts. Der Kostenvoranschlag für ein Gutachten belief sich auf ca. 40.000 €, so dass von einer Beauftragung dieses Instituts Abstand genommen werden musste.

Da schon für den Sommer bereits der Beginn der Arbeiten für den Vollausbau der Ostumgehung Frankfurt A 66/A 661 angekündigt wurde, lud die BVN gemeinsam mit dem AUA schon im April zu einem Ortstermin auf der Lärmschutzgalerie über der Autobahn zwischen Bornheim und Seckbach ein. Neben der Bevölkerung wurden eigens die Ortsbeiräte sowie die Stadtverordneten und selbstverständlich die Presse eingeladen. Der ebenfalls eingeladene Hess. Verkehrsminister Rhiel und sowie die Frankfurter Oberbürgermeisterin Frau Roth hatten aus terminlichen Gründen abgesagt.

Im Sommer hakte die BVN nach und führte einen Briefwechsel und Telefonate mit dem Hess. Verkehrsministerium und lud den Minister erneut – leider letztlich vergeblich - zu einem Ortstermin ein. In diesem Rahmen forderte die BVN auch mittels einer Presseerklärung im Namen des Aktionsbündnisses von der Landesregierung ein Moratorium für den Ausbau der Ostumgehung, um zunächst eine Lösung für die extremen Lärm- und Schadstoffbelastungen rund um das künftige Autobahnkreuz zu finden.

Unter dem Motto „Kein Ausbau der Ostumgehung ohne Einhausung“ rief die BVN zusammen mit dem Aktionsbündnis Ende September zu einer Demonstration auf. Mehrere Hundert Bürgerinnen und Bürger beteiligten an der Demonstration, welche von der Galerie bei Seckbach durch Bornheim in den Riederwald führte und mit deren Hilfe man auf die ungelösten Emissionsprobleme und die unmittelbare Bedrohung der Wohn- und Naherholungsgebiete aufmerksam machen wollte. Anschließend lud die BVN zusammen mit dem Aktionsbündnis zu einem Fest im Gemeindesaal der Katholischen Kirche Heilig-Kreuz im Riederwald unter dem Motto „30 Jahre Bürgerinitiativen gegen den Autobahnbau im Frankfurter Osten“ ein. Neben Musikgruppen und Clowntheater wurden Filme und Dias sowie Plakate und Dokumente präsentiert, die über die Ereignisse der vergangenen drei Jahrzehnte und darüber hinaus Aufschluss gaben. Auch hier hatte die BVN im Vorfeld die dazugehörige Presse- und Öffentlichkeitsarbeit einschließlich dem Erstellen von Flugblättern und Flyern sowie einen Großteil der Organisation übernommen

Mitte Oktober startete die BVN zusammen mit dem AUA eine Unterschriftensammlung ebenfalls unter dem Motto „Kein Ausbau der Ostumgehung ohne Einhausung“. An Informationsständen in Bornheim und mit Unterstützung von engagierten BürgerInnen konnten innerhalb von nur 4 Wochen über 4000 Unterschriften gesammelt werden. Neben einer symbolischen Übergabe im Ortsbeirat 4 für Bornheim und Ostend zu Beginn der Sammlung wurden die ersten 1000 Unterzeichner dem Verkehrsausschuss des Stadtparlaments übergeben.

In Offenen Briefen und einer entsprechenden Presseerklärung „Stadt Frankfurt muss Bausstopp erwirken“ wurden die Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung und die Stadt Frankfurt am Main aufgefordert, u.a. mit dem Hinweis auf die immer noch geltenden Stadtparlamentsbeschlüsse, den Vollausbau abzulehnen bzw. einen Baubeginn zu verhindern. Der öffentliche Druck der Unterschriftenaktion war schließlich so groß, dass Vertreter des Aktionsbündnisses unter Beteiligung der BVN im Rahmen einer Protestaktion mit rund 100 Teilnehmern vor dem Römer aus Anlass der tagenden Stadtverordnetenversammlung der Frankfurter Oberbürgermeisterin, dem Stadtverordnetenvorsteher wie auch dem Verkehrsdezernenten die gesammelten Unterschriften persönlich überreichen und ihre berechtigten Bedenken darlegen konnten. Die erfolgreiche Aktion hatte nicht nur eine große Resonanz in Presse, Rundfunk und Fernsehen zur Folge, sondern führte auch zu zahlreichen Anträgen in Ortsbeiräten und Stadtparlament, welche vor allem den unzureichenden Schutz der Bevölkerung vor dem Autobahnbau thematisierten bzw. das Anliegen der Bürgerinitiativen unterstützten. Im Namen des AUA richtete die BVN zudem einen Offenen Brief an die Fraktionen im Hess. Landtag mit der Forderung, dass es keinen Ausbau ohne eine völlige Einhausung der Ostumgehung geben dürfe.

Noch im November lud das Hessische Verkehrsministerium zum offiziellen feierlichen Spatenstich ein. Die BVN nutze diese Gelegenheit zusammen mit den anderen Bürgerinitiativen zum Protest und als Gelegenheit, die Öffentlichkeit auf die Lärm- und Schadstoffproblematik aufmerksam zu machen. Vertreter der BVN und des AUA nahmen die Chance wahr, auch dem Hessischen Verkehrsminister die über 4000 Unterschriften persönlich zu übergeben. Symbolisch wurde für die Presse der „erste Spatenstich für die Einhausung“ vorgenommen. Die Aktion war gelungen und brachte ein großes Presseecho in den Medien.

Schon im Vorfeld dieses Baubeginns hatte die BVN mit dem AUA nach potentiellen Klägern gegen den Ausbau der Ostumgehung gesucht und zu einem Klägertreffen mit dem

Rechtsanwalt der Bürgerinitiativen eingeladen. Im Namen von mehreren direkten Anliegern der Autobahn wurden schließlich über unseren Rechtsanwalt Anträge an das Hessische Verkehrsministerium gestellt, mit der Forderung, aufgrund des gegenüber den ursprünglichen Prognosen drastischen Verkehrszuwachses - insbesondere im Zusammenhang mit dem bevorstehenden Anschluss der A 66 Riederwaldtunnel - zusätzliche Maßnahmen zum Schutze der bedrohten Gesundheit der betroffenen Bevölkerung zu ergreifen. In Rahmen einer Pressekonferenz im Vereinsheim der SG Bornheim Grün-Weiß e.V., bei welcher der Rechtsanwalt die Anträge rechtlich begründete, hatten direkte Anlieger Gelegenheit, ihre persönliche Betroffenheit darzulegen. Die SG Bornheim als Gastgeber machte dabei deutlich, dass sie den eigenen Spielbetrieb direkt neben dem Autobahnkreuz durch dessen Emissionen bedroht sieht und sprach sich ausdrücklich ebenfalls für eine Einhausung aus.

Frankfurt am Main, 15. Dezember 2008

Thomas Seiffert  
(1. Vorsitzender)